

«Debatte»

bfs Zeitschrift der Bewegung für den Sozialismus | Sommer 2010 | Nr. 13 | Verkaufspreis: Sfr. 3.–

wem gehört die stadt?



Lackmustest Griechenland

Der massive Angriff gegen die griechischen Lohnabhängigen dient als Masterplan für ganz Europa.

Wer definiert, was feministisch ist?

Frauen mit Kopftuch stehen in Europa immer stärker unter Beschuss, nicht nur von rechts.

Editorial

Steigende Mieten, immer mehr prestige- und renditeträchtige Grossbauprojekte, gleichzeitig immer weniger Genossenschaftswohnungen, dafür trendige Lofts und luxussanierte Altbauwohnungen. Stadtentwickler, Investoren und Immobilienmakler betreiben in Schweizer Städten eine «Aufwertungspolitik», die bloss einer finanzstarken Elite dient. Nicht nur im Zürcher Seefeld oder im Basler St. Johann werden Menschen aus ihren Quartieren verdrängt, die sich die teuren Mieten nicht mehr leisten können.

«Gentrifizierung» hat sich zu einem neuen städtischen Mainstream entwickelt. Längst haben auch rotgrün regierte Städte die neoliberalen Grundannahmen von Standort- und Steuerwettbewerb übernommen. Daniel Mullis zeigt in seinem Beitrag aktuelle Gentrifizierungstendenzen am Beispiel des Berner Lorrainequartiers auf.

Der Kampf um die Stadt ist in vollem Gang, zumindest von Seiten der Mächtigen und Reichen. Doch es gibt auch Widerstand: Letztes Jahr ist unter dem Motto «Recht auf Stadt» eine internationale Bewegung entstanden, die sich gegen die fortschreitende Privatisierung der Städte im Namen der Profitmaximierung und des Standortwettbewerbs wehrt. Sie stellt die soziale Frage, die in den Städten heute auch eine Frage von Territorialkämpfen ist. Auch in der Schweiz (vgl. Beitrag zu Luzern auf S. 18) stehen Aktivistinnen für ein konsequentes «Recht auf Stadt» für alle ein: Für das Recht, gemeinsam über die Nutzung des städtischen Raums entscheiden zu können, in einer Stadt, die von den BewohnerInnen nach ihren Bedürfnissen gestaltet wird und nicht nach den Interessen des Kapitals.

Die Redaktion

Zur Debatte...

SCHWEIZ

- ▶ **Sozialdemokratie:** Das neue Parteiprogramm der SP und der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse. 3
- ▶ **Gesundheit:** Eine neue Studie zeigt, wie sich die Arbeitsbedingungen auf die Gesundheit auswirken. 6

INTERNATIONAL

- ▶ **Griechenland:** Den Lohnabhängigen Griechenlands steht ein massives Sparprogramm bevor. 8

BFS

- ▶ **Das Sommerloch überwinden:** Der Sommer 2010. 10

ÖKOLOGIE

- ▶ **Umwelt:** Landwirtschaft und Urbanisierung führen zu einer immer stärkeren Belastung der Umwelt. 11

SCHWERPUNKT: DER KAMPF UM DIE STADT

- ▶ **Stadtentwicklung als urbane Verdrängungsstrategie:** Im neoliberalen Zeitalter soll auch das Geschäft mit dem Wohn- und Lebensraum der Menschen immer mehr Rendite abwerfen. Der Kampf um die Stadt am Beispiel des Berner Lorrainequartiers. 14
- ▶ **Gentrifizierung:** Luzern soll zu einem Ort der Reichen werden. Doch es regt sich Widerstand. 18

FEMINISMUS

- ▶ **Emanzipation:** Frauen mit Kopftuch stehen unter Beschuss, nicht nur von rechts. 20

NEUE LINKE

- ▶ **Leo Trotzki:** Jürg Ulrichs Buch bietet spannende Einblicke in Trotzki's Leben und die Ereignisse seiner Zeit. 22

Die SP Schweiz hat ein neues Parteiprogramm ausgearbeitet. Der Kapitalismus soll mittels Wirtschaftsdemokratie überwunden werden. Welchen Weg schlägt die SP vor? Gelingt es der Partei, Marktdiskurs und Kapitallogik zu durchbrechen und aufzuzeigen, wie die Eigentumsverhältnisse grundlegend umgestaltet werden können?

Michael Mülli*

Irgendwie, irgendwo, irgendwann

An ihrem Parteitag Ende Oktober 2010 will die SP Schweiz ihr neues Parteiprogramm verabschieden. Zurzeit befindet sich der Entwurf in der internen Vernehmlassung. Die SP formuliert darin das Ziel, den Kapitalismus zu überwinden und durch Wirtschaftsdemokratie zu ersetzen. Dieser Schritt sei notwendig, da der Kapitalismus für die Kluft zwischen extremer Armut und enormem Reichtum, Unterernährung, Konzernmacht und weitere Symptome verantwortlich sei. Die Rede von Wirtschaftsdemokratie als «Vision» und der «Erneuerung» der Sozialdemokratie lassen eine grundsätzliche Kritik des Kapitalismus erwarten (S. 3). Wie will die SP auf ihr Ziel hinarbeiten?

Service Public

Widmen wir uns zunächst dem gemeinschaftlichen Eigentum. Dieses soll dereinst das Privateigentum an den «wichtigsten Produktionsmitteln» ersetzen (S. 20). Das Problem scheint für die SP nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln an sich zu sein, sondern nur jenes an den wichtigsten. Welche sollen das sein? Hinweise zur Klärung müssten die vier vorgeschlagenen konkreten Massnahmen geben:

Erstens möchte die SP versuchen, den Service Public auszubauen. Unternehmen, die Leistungen der Grundversorgung erbringen (z.B. Bahn, Post, Elektrizität, interessanterweise auch die Krankenversicherer), sollen entweder in gemeinschaftliches Eigentum oder via Gesetze und Leistungsaufträge unter demokratische Kontrolle gebracht werden. Sie seien «ausserhalb der kapitalistischen Logik» angesiedelt und müssten daher keine «überrissenen Renditeerwartungen» erfüllen, sondern «einen staatlich definierten Grundversorgungsauftrag» (S. 20f).

Der Service Public erscheint als Chiffre des Antikapitalistischen. Es wird ein Gegensatz zwischen Renditeerwartungen und Leistungsauftrag konstruiert. Doch ist dem notwendigerweise so? Das Beispiel der SBB

zeigt: Sogar wenn sich die Aktienmehrheit in der Hand des Bundes befindet, bleibt der Zweck der SBB AG derjenige aller AG:

MAG könnten laut dem Hauptverfasser des Entwurfs, Nationalrat Hans-Jürg Fehr, «eine interessante Lösung für die Nachfol-



Nur keine Angst, die Unternehmen werden weiterhin nicht enteignet.

Die Vermögensvermehrung oder Kapitalakkumulation. Der Kapitalismus scheint in diesem Fall durch die Leistungsvereinbarung also eher staatlich garantiert als überwunden zu werden.

Genossenschaften und MAG

Zweitens wird eine Idee von Ota Šik, Wirtschaftsreformer des Prager Frühlings und Theoretiker des «dritten Weges» aufgegriffen, welcher 1979 die Bildung von «Mitarbeitergesellschaften» (MAG) vorschlug.¹ Die erzielten Betriebsgewinne sollen laufend in einen kollektiven Eigenkapitalfonds eingespeist werden. Das private Eigentum soll durch den Aufbau von gemeinschaftlichem Eigentum ergänzt und schliesslich ersetzt werden (S. 22). Diese

geprobleme vieler KMU sein».² Wichtige Parameter des Šikschen Modells bleiben aber unerwähnt: Es soll nur ein Teil der Betriebsgewinne in Belegschaftsanteile umgewandelt werden. Private Eigentumsanteile sollen dabei nicht angetastet werden. Zudem setzt diese Gewinnumwandlung erst ab einer politisch zu bestimmenden absoluten Gewinngrösse ein. Sie lässt damit also gerade viele KMU unberührt.

Drittens will die SP das Genossenschaftswesen fördern. Genossenschaften könnten einen Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaft leisten, da alle GenossenschaftlerInnen über je eine gleichberechtigte Stimme verfügen und die Genossenschaften der Profitmaximierungslogik entzogen seien (S. 21).

Viertens werden Verstaatlichungen von

«Wirtschaftsdemokratie heisst gemeinsam darüber zu bestimmen, was und wie produziert wird.»

Unternehmen erwähnt. Sie scheinen allerdings nicht ernsthaft in Erwägung gezogen zu werden, denn sie stellen für die SP bloss eine «taugliche, allenfalls notwendige Option für die Zukunft» dar (S. 22). Abgesehen davon, dass unklar bleibt, was mit Verstaatlichung genau gemeint ist: Warum macht man einen Vorschlag, den man de facto gleichzeitig verwirft?

Ausgeblendete Machtfrage

Die bisherigen Vorschläge wirken undurchdacht. Alles scheint irgendwie erstrebenswert, wobei wichtige Fragen nicht gestellt werden. Allen voran jene der Macht. Damit man der Wirtschaftsdemokratie auf dem Weg der Eigentumsübertragung näher kommen könnte, wäre eine breite Übergabebewegung von AG, GmbH, usw. in die Hände ihrer Belegschaften notwendig. Wie realistisch ist eine solche freiwillige Bewegung? Wird der bürgerliche Staat in einem Ausmass Genossenschaften fördern, bis alle Betriebe umgewandelt sind? Werden ihn die Wirtschaftsverbände dabei unterstützen? Das ist aus Gründen der wirtschaftlichen Machtkonstellation kaum zu erwarten. Dass dies sehr schwierig werden könnte, scheint man aber auch bei der SP zu ahnen: Man werde mit den Vorschlägen auf «allergrössten Widerstand» seitens jener stossen, welche Wirtschaftsmacht abgeben müssen. Welche Strategie hat man sich in der Konsequenz überlegt? Man setzt ganz auf die Überzeugungskraft seiner «Ideen und Argumente» (S. 23). Die Wirtschaftsmächtigen werden dies gerne zur Kenntnis nehmen.

Um diese Überzeugungskraft zu prüfen, wäre es interessant, mehr über die ökonomische Praxis zu erfahren. Wie verhalten sich ParteipolitikerInnen selber in dieser Frage? NationalrätInnen der SP, welche in Verwaltungsräten (VR) sitzen, wurden gefragt, ob sie sich eine Umwandlung ihrer AG in Genossenschaften vorstellen könnten. Für Hans Stöckli (Präsident von Bielersee-Schiffahrt, Casino und Theater Palace

sowie Parking Biel) ist die Genossenschaft «nicht in jedem Fall die erfolgreiche Unternehmensform». Doris Stump, (eFeF Verlag AG): «Eine Umwandlung in eine Genossenschaft wäre aufwendig und kostenintensiv». Susanne Leutenegger Oberholzer wandelte umgekehrt die Riva-Immobilien-Genossenschaft vor kurzem in eine AG um, deren VR-Präsidentin sie nun ist. «Eine AG ist viel flexibler», sagt sie. Wie hält es der Verfasser des Programmentwurfs selber? Hans-Jürg Fehr sitzt wie Stöckli in mehreren VR (u.a. AZ Verlag, UD Immobilien): «Diese Aktiengesellschaften haben sich etabliert».³

Es fällt auf, dass Genossenschaften nicht für genügend erfolgreich oder flexibel

«Es wird kein Versuch unternommen, die Begriffe und Dogmen der Ökonomie und der Marktideologie zu überwinden.»

gehalten werden. Da die Umwandlung etwas kosten würde, erscheint sie den Akteuren als nicht sinnvoll. Was heisst hier erfolgreich? Erfolgreich nach unternehmerischen Gesichtspunkten unter den Bedingungen des Kapitalismus. Es wird rein betriebswirtschaftlich argumentiert. In der Praxis denkt man also in der Logik des Kapitals – ein Denken, dass im Programmentwurf übrigens als «kapitalistisch-betriebswirtschaftlich» abgelehnt wird (S. 15), weil dabei der Profitmaximierung alle anderen Ziele untergeordnet würden.

Konkurrenz und Profit

Einerseits will der Entwurf die Grundversorgung des Service Public nicht dem «Rendite-Primat der Märkte» aussetzen und der «Warenwirtschaft und den Mechanismen von Konkurrenz und Profit» entziehen (S. 44). Hier erscheint der Markt als Ort der Konkurrenz und des Profits, dem man darum gewisse Wirtschaftsbereiche entziehen

möchte. An anderer Stelle heisst es hingegen, «dass ein wirksam regulierter Markt weiterhin ein unverzichtbares Ordnungsprinzip jeder produktiven, effizienten und innovativen Wirtschaft» darstelle. Entscheidend seien richtig gesetzte «Leitplanken», dann bilde der Markt «die beste Methode zur Regulierung von Angebot und Nachfrage und zur Preisbildung». Damit der «liberale Markt» «seine Qualitäten voll ausspielen» könne, müsse «der Wettbewerb spielen können» (S. 41).

Dieses Bekenntnis zum Markt könnte dem Parteiprogramm der FDP entnommen worden sein. Wenn man doch gewisse Wirtschaftsbereiche dem Markt mit gutem Grund entziehen möchte, wieso denn hier die feierliche Bejahung des Marktprinzips? Wollte man nicht gerade deshalb Genossenschaften fördern, weil diese nicht nach der Profitlogik funktionieren müssen? Hier rächt sich, dass man den Profit nur oberflächlich kritisiert, statt ihn zu analysieren. Hätte man eine Analyse angestrengt, hätte man sehen können, dass der Profit lediglich ein Teil des zentralen Mechanismus des Kapitalismus ist, der nicht damit ausgeschaltet ist, dass man gewisse Branchen dem Markt entzieht oder bestimmte Bereiche reguliert.⁴

Wirtschaftsdemokratie?

Wer ist übrigens der Souverän der angestrebten Wirtschaftsdemokratie? Der Entwurf sieht ein «Wirtschaftsbürgerrecht der Arbeitenden» vor (S. 13). Sie sollen an der Wirtschaftsfreiheit, aber nur an den «wichtigsten Entscheidungen» ihrer Unternehmen teilhaben (S. 22). Es fällt auf, dass das Wirtschaftsbürgerrecht nur den Arbeitenden zustehen soll. Sind damit nur die Lohnabhängigen gemeint? Wer in den privaten Haushalten unbezahlte Pflege-, Erziehungs- und Putzarbeit leistet, hätte nichts zu sagen. Ebensowenig, wer aus gesundheitlichen Gründen nicht eingestellt wird. Warum soll nur an den «wichtigsten» Entscheidungen partizipiert werden? Diese



Das Bekenntnis zum Markt könnte aus dem Parteiprogramm der FDP stammen. Links: Christian Levrat, Präsident der SP, rechts: Fulvio Pelli, Präsident der FDP.

Formulierung bedeutet wohl eine weitere Kapitulation vor dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Für dessen VertreterInnen stehen die Wirtschaftsfreiheiten übrigens bereits im bürgerlichen Staat bereit. Hier müsste man überlegen, wie die sozioökonomische Herkunft der Individuen die reale Teilhabe an diesen Freiheiten ermöglicht oder im Gegenteil verunmöglicht.⁵

Wirtschaftsdemokratie heisst gemeinsam darüber zu bestimmen, was und wie produziert wird, wie für die Bedürfnisbefriedigung statt für den Markt produziert werden kann, wie die Haus- und Pflegearbeit zu verteilen ist und wie man es organisieren kann, dass die Existenz der Menschen nicht mehr von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt abhängig ist.⁶ Von alledem im Programmentwurf keine Spur.

Wie, wo, wann?

Die versprochene Erneuerung der SP scheidet primär daran, dass der angenommene Handlungsspielraum zwischen Regulierung und Effizienzsteigerung des Marktes be-

schränkt bleibt. Es wird kein Versuch unternommen, die Begriffe und Dogmen der Ökonomie und der Marktideologie zu überwinden. Das Programm bleibt im neoliberalen Diskurs über die soziale Marktwirt-

«Wenn die SP den Kapitalismus überwinden will, muss sie eine politische Praxis entwickeln, welche die Produktions- und Eigentumsverhältnisse grundsätzlich verändert.»

schaft verhaftet, zu der man sich im voraus-eilenden Gehorsam explizit bekennt.⁷ Die SP unterliegt jener Macht, welche Karl Marx den «stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse» nennt. Die Machtfrage aber wird verkannt, die vorgeschlagenen Massnahmen zur Förderung gemeinschaftlichen Eigentums bleiben undurchdacht. Dies kann kein ernsthafter Versuch einer Analyse und eines Positionsbezugs sein. Wenn die SP den Kapitalismus überwinden will, muss sie eine politische Praxis entwickeln, welche die Produktions- bzw. Eigen-

tumsverhältnisse grundsätzlich angreift. Dazu muss man sich klar machen, welches kollektive Subjekt mit welcher Motivation in der Praxis dafür kämpft. Wie weit die SP selber davon entfernt bleibt, zeigt folgende Behauptung: «Wer den Kapitalismus überwinden will, stellt sich nicht in Gegensatz zu denen, die ihn lediglich zähmen oder steuern wollen» (S. 20). In welche Richtung das parteiinterne Pendel der Macht ausschlagen wird, dürfte zu erraten sein. Wie wenn sie dies ahnen würde, verschiebt die SP die Überwindung des Kapitalismus sicherheitshalber als «Fernziel» in die unbestimmte Zukunft: «Diese Aufgabe wird uns bleiben, denn es gibt systemimmanent noch viel zu tun» (S. 20). ♦

* Michael Mülli studiert Soziologie und Philosophie an der Universität Basel.

1 Šik, Ota (1979): *Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg.* Hamburg: Knaus.

2 Aus einem Beitrag von Hans-Jürg Fehr im *Tagesanzeiger* vom 19.04.2010, S. 11.

3 Alle Zitate aus einem Artikel von Daniel Foppa, *Tagesanzeiger* vom 14.04.2010, S. 11.

4 Zur Entstehung und Wesen von Kapital und Mehrwert vgl. Marx, Karl/Engels, Friedrich (2008 [1867]): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie.* 1. Band, 23. Aufl. Berlin: Dietz. (MEW 23), sowie 3. Band, 31. Aufl. (2003 [1894]) (MEW 25).

5 Zum Begriff der politischen Freiheiten und ihrer sozioökonomischen Bedingtheit siehe Marti, Urs (2006): *Demokratie. Das uneingelöste Versprechen.* Zürich: Rotpunkt, S. 194-200.

6 Zur Wirtschaftsdemokratie siehe die Diskussion in *Widerspruch* 55/2008. U.a.: Demirović, Alex: *Wirtschaftsdemokratie, Räteökonomie und freie Kooperationen. Einige vorläufige Überlegungen.* In: *Widerspruch* 55/2008., S. 55-67.

7 Begriff und Theorie entstammen dem deutschen Ordoliberalismus. Siehe dazu: Ptak, Ralf (2008): *Soziale Marktwirtschaft und Neoliberalismus: ein deutscher Sonderweg.* In: Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak (Hg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen.* Wiesbaden: VS, S. 69-89.